



Die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes protestieren gegen die Tarifpolitik der Bundesländer. Mit dabei sind ver.di, GEW und GdP.

Über 5000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes demonstrieren in Hannover / GEW mit dabei

## Den Druck auf die Bundesländer erhöhen

**B**eschäftigte des öffentlichen Dienstes aus mehreren Bundesländern, allesamt Mitglieder der Gewerkschaften ver.di, GdP und GEW, sind in Hannover erneut auf die Straße gegangen und haben für die Wiederherstellung eines einheitlichen Tarifrechts im öffentlichen Dienst bei Bund, Ländern und Kommunen gestreikt. Streik und Großkundgebung richteten sich gegen die unter der Führung des Niedersächsischen Finanzministers Hartmut Möllring erfolgte einseitige Kündigung der Arbeitszeitregelungen des Bundesangestelltentarifvertrages (BAT) und der Tarifverträge zu Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Ein weiteres Ziel war die Übernahme des Tarifvertrages öffentlicher Dienst (TvÖD) durch die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL).

Die Tarifkündigung richtet sich gegen rund 60.000 Tarifbeschäftigte im niedersächsischen Landesdienst. Allen neu eingestellten Arbeitern und Angestellten werden das Weihnachtsgeld und das Urlaubsgeld gestrichen und es gilt die 40-Stunden-Woche. Aber auch bereits Beschäftigten werden bei Vertragsänderungen, z.B. bei Höhergruppierungen, oder dem Abschluss eines neuen befristeten Vertrages die tariflichen Regelungen verwehrt. Im Schuldienst trifft diese schlimme Praxis insbesondere pädagogische Mitarbeiter.

Die bisherigen Kampfmaßnahmen der beteiligten Gewerkschaften ver.di, GdP und GEW sind an der Blockadehaltung von Finanzminister Hartmut Möllring – Vorsitzender

der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) – gescheitert. Mit der Demonstration vom 12. September 2005 wird der Druck erhöht. Warnstreiks finden an diesem Tag auch in Braunschweig, Fallingb., Hildesheim, Oldenburg und Verden statt. Weitere Streiks werden folgen, wenn die Arbeitgeber sich nicht zu Kompromissen bereit finden.

Die Demonstration beginnt auf dem hannoverschen Klagesmarkt. Vertreter von ver.di und GEW begrüßen die Streikenden und stimmen sie auf die kommende Demonstration und die Kundgebung ein. Rüdiger Heitefaut begrüßt für die GEW Niedersachsen insbesondere die pädagogischen Mitarbeiter an Förderschulen, die bereits an mehreren Streiks zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen teilgenommen haben.

Der kilometerlange Demonstrationszug führt durch die hannoversche City vor das Finanzministerium am Schiffgraben, wo es ein gellendes Pfeifkonzert gibt. Dann geht es über den Aegidientorplatz weiter zur Planckstraße. Dort, vor der Staatskanzlei von Ministerpräsident Wulff, findet die Abschlusskundgebung statt. Hier haben bereits am Sonntagabend mehr als 100 Feuerwehrleute Zelte aufgeschlagen und ihren Protest zum Ausdruck gebracht. Dort befindet sich auch die Tribüne.

Ver.di-Bezirksleiter Wolfgang Denia wirft Möllring vor, die Tarifverhandlungen „systematisch zu blockieren“. Aber: „Wir nehmen die Streichung von Weihnachtsgeld und Urlaubs-

geld bei gleichzeitiger Arbeitszeitverlängerung nicht hin!“, ruft Denia vor den 5000 Kundgebungsteilnehmern aus. Neben dem Kollegen Denia ist der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne Hauptredner der Abschlusskundgebung.

Uli Thöne findet lobende Worte für die Kundgebungsteilnehmer. Er drückt seine Freude darüber aus, dass an der heutigen Aktion auch über 600 Kolleginnen und Kollegen der GEW-Landesverbände Brandenburg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen beteiligt sind. Die Mehrzahl der angestellten GEW-Mitglieder sind Lehrkräfte oder pädagogische Mitarbeiter an Schulen, oder als Wissenschaftler an Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei den Ländern beschäftigt. Der Kampf um die eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen, so Thöne, sei noch nicht wieder selbstverständlich. „Zu viele glauben, es geht ohne das eigene Engagement.“ Die öffentlichen Arbeitgeber der Länder fordert er auf, „endlich wieder an den Verhandlungstisch zurückzukommen“. Das Ziel ist klar: sie sollen die Rückkehr zum bisher geltenden Tarifrecht und damit einen Verzicht auf die Kürzungen bei den Einkommen sowie auf die Arbeitszeitverlängerung ermöglichen.

Kollege Thöne zeigt die Nachteile der Tariflosigkeit auf: „Die Beschäftigten sind die Verlierer, wenn sie ihre Arbeitsbedingungen individuell mit dem Arbeitgeber aushandeln müssen.“ Besoldungskürzungen und erhöhte Arbeitszeiten würden dann „einseitig diktiert“. Er schließt mit dem Appell: „Arbeiten wir daran, dass wir stärker werden und kämpfen wir alle zusammen – GdP, ver.di und GEW – für einen einheitlichen Tarifvertrag im öffentlichen Dienst.“

JOACHIM TIEMER / RÜDIGER HEITEFAUT



„Gemeinsam für einen einheitlichen Tarifvertrag im öffentlichen Dienst kämpfen.“ GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne bei seiner Rede vor der Staatskanzlei.

Fotos (2): Richard Lauenstein